



Ausbildungsprojekt

VO/2022/018	Beschlussvorlage öffentlich
öffentlich	Datum: 11.10.2022
<i>FD 1.1 Personal, Organisation und allgemeine Dienste</i>	Ansprechpartner/in:
	Bearbeiter/in: Christina Mönke

Datum	Gremium (Zuständigkeit)	Ö / N
03.11.2022	Hauptausschuss (Entscheidung)	Ö

Beschlussvorschlag

Der Hauptausschuss spricht sich dafür aus, ein Ausbildungsprojekt zusammen mit dem kreisangehörigen Bereich zu initiieren und dafür Mehraufwendungen gemäß Vorlage in Höhe von 365.000 € für das Haushaltsjahr 2023 aufwachsend bis 910.000 € für das Haushaltsjahr 2026 für Ausbildungszwecke einzustellen. Weiterhin spricht sich der Hauptausschuss dafür aus, das Personalbudget des Kreises jährlich um 270.000 € (3,5 VZÄ) dauerhaft aufzustocken, um den Personalaufwand für die Durchführung der Ausbildung innerhalb der Kreisverwaltung zu decken. Die Verwaltung wird beauftragt, sofort vorbereitende Maßnahmen zur Umsetzung des Projektes zu initiieren.

Sachverhalt

Ausbildungsprojekt Kreis Rendsburg-Eckernförde - Projektskizze

1) Ausgangslage

Der Kreis Rendsburg-Eckernförde bildet in den Fachrichtungen Verwaltung, Informationstechnik und Hygiene regelmäßig Nachwuchskräfte aus. Derzeit befinden sich 33 Nachwuchskräfte in einem laufenden Ausbildungsverhältnis.

Regelhaft werden jährlich Ausbildungsplätze in nachfolgender Anzahl ausgeschrieben:

Fachrichtung/ Laufbahn	Anzahl
Verwaltung/ Fachangestellte	4
Verwaltung/ Beamte mittlerer Dienst	2
Verwaltung/ Beamte gehobener Dienst	4
IT/ Fachinformatiker	1
Hygienekontrolleur	1

Ergänzend werden bedarfsgerecht – innerhalb des vorhandenen Budgets – Studien zur Wirtschaftsinformatik sowie die über das SGB III geförderte Einstiegsqualifizierung gefördert.

Alle Nachwuchskräfte werden bei nachgewiesener Eignung nach Bestehen der Prüfung innerhalb der Kreisverwaltung übernommen.

Im Rahmen der vertrauensvollen Zusammenarbeit mit den Kommunen des Kreises wurde die aktuelle Herausforderung zur Gewinnung von Fachkräften diskutiert, die auch die Fachrichtung „Verwaltung“ des öffentlichen Dienstes erreicht hat. Die Auswertung der bekannten Altersfluktuation in Gegenüberstellung zu den regelhaften Ausbildungsplätzen aller Kommunalverwaltungen des Kreises hat einen dringenden Handlungsbedarf aufgezeigt.

Verstärkt wird der Handlungsbedarf durch nichtplanbare Fluktuation in Form von Kündigungen und Dienstherrnwechsel, die den Bedarf an geeigneten Kräften noch verschärft.

Weitere Herausforderung ist die Gewinnung von geeigneten Nachwuchskräften, da auch für die bereits bestehenden Plätze derzeit rund 2/3 weniger Bewerbungen vorliegen und die Auswahlentscheidung damit verringern und somit ein schnelles Handeln notwendig machen.

2) Zielsetzung des Projektes

Die im Rahmen der Ämterdienstversammlung vereinbarte AG Personalmanagement hat die Herausforderung diskutiert und eine gemeinsame Bearbeitung des Themas für die kommunalen Verwaltungen des Kreises vorgeschlagen.

Die Kreisverwaltung Rendsburg-Eckernförde soll ein Ausbildungsprojekt verantworten, welches die Ausbildung von 20 zusätzlichen Nachwuchskräften in der Fachrichtung „Verwaltung“ vorsieht. Die Kommunalverwaltungen sichern durch Ausbildungseinsätze vor Ort den Erfolg des Ausbildungsziels mit ab und werden bei der Übernahme der Nachwuchskräfte berücksichtigt. Interne Konkurrenz soll durch konkrete Vereinbarungen vermindert und ein Standortvorteil für den Kreis insgesamt durch herausragende Ausbildungsbedingungen geschaffen werden.

3) Umsetzung

Ziel ist die Einstellung von zusätzlichen 20 Nachwuchskräften der Fachrichtung Verwaltung für den Ausbildungsstart 2023 beim Kreis Rendsburg-Eckernförde. Die zusätzlichen Nachwuchskräfte sollen nach erfolgreicher Ausbildung innerhalb der Kreisverwaltung und im kreisangehörigen Bereich einsetzbar sein und zur Übernahme vorgesehen werden.

Um den Erfolg des Projektes sicher zu stellen sind folgende Maßnahmen geplant:

- Projekt bewerben (ein Slogan sowie ein kreisweites Symbol für die Kampagne sollen entwickelt werden)
- Vereinbarungen zur Zusammenarbeit werden entwickelt (wer stellt welche Ausbildungsstationen, Regelungen zur Berücksichtigung bei Übernahme etc.).

- Die bisherigen Ausbildungsplätze beim Kreis und den kommunalen Verwaltungen bleiben bestehen.
- Einsatzplanung - Rahmenplan (ein kreisweites Einsatzkonzept für die Ausbildungsstationen wird entwickelt)
- Vereinbarungen mit FH Altenholz und Berufsschulen zur Erhöhung der Ausbildungskapazität werden getroffen.
- Die Ausstattung mit IT sowie eine Ausweitung des Fuhrparks zur flexiblen Einsatzplanung der Nachwuchskräfte wird organisiert.
- Das Auswahlverfahren wird kurzfristig organisiert.

4) Finanzielle Auswirkungen

In den Jahren 2023 bis 2025 wachsen die Mehraufwendungen jährlich mit der Anzahl der Nachwuchskräfte und Belegung aller Ausbildungsjahre auf. Erst ab 2026 sind alle Jahrgänge dauerhaft besetzt, so dass dieser Wert den maximale Jahreswert darstellt.

Ausbildungskosten (Mehraufwendungen für Personal- und Sachkosten)

	2023	2024	2025	2026
Sachkosten inkl. Fuhrpark	140.000	231.000	305.000	302.000
Personalkosten Ausbildung	225.000	561.000	585.000	608.000
gesamt	365.000	792.000	890.000	910.000

Die Sachkosten beinhalten auch Leasingkosten für 5 Fahrzeuge sowie die Ausstattung mit iPads.

Personalkosten Kreisverwaltung:

Die Personalplanung umfasst den Mehraufwand im Fachdienst 1.1 und berücksichtigt zudem notwendige Ressourcen in den dezentralen Fachbereichen, die zur Akzeptanz der Maßnahme und einer realistischen Einsatzplanung beitragen.

Fachbereich	Aufgaben	VZÄ und Wertigkeit	Personalkosten
FB 1	Ausbildungsleitung	1,0 – A 11	95.000
	Sachbearbeitung	0,5 – E 9a	35.000
FB 2	Ausbildungskoordination	0,5 – E 9a	35.000
FB 3	Ausbildungskoordination	0,5 – E 9a	35.000
FB 4	Ausbildungskoordination	0,5 – E 9a	35.000
FB 5	Ausbildungskoordination	0,5 – E 9a	35.000
gesamt:		3,5	270.000

5) Verfahren

Das geplante Projekt und die Gesamtkosten sollen kurzfristig mit der Kreispolitik und dem Gemeindetag abgestimmt werden. Die finanziellen Auswirkungen müssen in der Haushaltsplanung 2023 Berücksichtigung finden. Die AG Personalmanagement bekommt den Auftrag zur Umsetzung. Die Verantwortung für die Projektleitung liegt im Fachdienst 1.1.

Relevanz für den Klimaschutz

keine

Finanzielle Auswirkungen

Für das Haushaltsjahr 2023 werden Gesamtmehraufwendungen in Höhe von 635.000 € entstehen, die bis 2026 auf 1.180.000 € aufwachsen.

Anlage/n:

Keine